

Bezugspreis: Vierteljährlich 20.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 8. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Ordnung für Oberschlesien.

Paris, 7. Juni. (Havas.) Die englische Regierung hat der französischen Regierung gestern die Antwort auf die französische Note vom 30. Mai zugehen lassen. ...

Granatenfeuer auf Mania.

Ratibor, 7. Juni. (WTB.) Nachdem seit Sonnabend die Vorstadt Mania unter polnischem Artilleriefeuer gelegen hatte, richteten die Insurgenten morgens gegen 4 Uhr eine Anzahl 7,5 Granaten ins Stadinnere.

Von einer neutralen Zone und einer legalen oder Sowjett-Leitherrschaft Polens in Oberschlesien weiß der Friedensvertrag bekenntlich nichts. Will die Entente ihn erfüllen, so muß sie ganz Oberschlesien wieder unter ihre Gewalt bringen ...

Der „Dot-Anz.“ erhebt ein großes schlesisches Volkswirtschaftsgeheul, welchem jetzt leider die Waldenburger Kommunisten durch die alberne Streikfortsetzung die Leiter halten. ...

Kein englisch-französisches Bündnis.

Paris, 7. Juni. (WTB.) „Matin“ läßt sich aus London melden: Nach Informationen, die aus amtlichen englischen Kreisen stammen, ist auf Anregung des englischen Auswärtigen Amtes die neuerdings in der französischen und englischen Presse vielfach erörterte Frage einer festumschriebenen Entente zwischen Frankreich und England in drei Sitzungen des englischen Kabinetts zur Sprache gekommen. ...

Englands Rußlandhandel.

London, 7. Juni. (Havas.) Neuter zufolge wird in der britischen Antwort auf die französische Note wegen des englisch-russischen Handelsabkommens ausgeführt, England könne nicht alle von der französischen Regierung vorgebrachten Argumente anerkennen. ...

Inzwischen richtet sich Sowjetrußland in London häuslich ein; es hat ein sechsstöckiges Haus für seine Delegation und eine anglo-russische Bank gekauft.

Selbstbestimmungsrecht neuer Fassung.

Paris, 7. Juni. (WTB.) (Kammer.) Im Verlaufe der Debatte über die Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrags kritisierte Abg. Boncourt (Soz.) die Zerstückelung Ungarns. ...

An unsere Leser!

Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter haben mit erheblicher Mehrheit für den Streik gestimmt. Ob die Zweidrittelmehrheit voll erreicht ist, steht augenblicklich noch nicht fest. ...

Kemal und England.

Die Hinrichtung eines Anders durch die Kemal-Truppen wird in England schwer angeteufelt; die Regierung von Angora hat Aufklärungen gegeben. Die Entsendung weiterer britischer Kriegsschiffe nach Konstantinopel soll angeblich nur indirekt gegen Kemal geschehen, nämlich griechische Landungen schützen. ...

Gradnauer über die Regierungsbildung.

Paris, 8. Juni. (CE.) Der Berichterstatter des „Figaro“ hatte eine Unterredung mit Dr. Gradnauer. Auf die Frage des Korrespondenten, ob Deutschland das Ultimatum erfüllen werde, sagte der Minister: „Für die Ruhe Europas und für uns selbst war es nicht möglich, die eingeschlagene Politik fortzusetzen. ...

Über die Frage einer Auflösung des Reichstages sagte Dr. Gradnauer: Ueber diesen Punkt seien die Ansichten der einzelnen Parteien verschieden. Eine große Zahl der Sozialdemokraten hielte Neuwahlen für unvermeidlich. ...

Zusammenbruch des Putschismus

Das Bestreben der kommunistischen Presse, das Interesse an dem Prozeß gegen Brandler wach zu erhalten, erscheint uns auch von unserem Standpunkt aus als nützlich. Die „Rote Fahne“ wirft uns vor, daß wir „die weißen Gerichte auf die Kommunisten hegen“, weil wir die Gründe gewürdigt haben, die das Gericht dazu führten, über den Vorhängen der RPD keine entehrende Zuchthausstrafe zu verhängen. ...

Nach dem Bericht, den wir am Montag veröffentlichten, hat Brandler auf das entschiedenste in Abrede gestellt, daß die Zentrale der RPD mit ihrer Märzaktion den Sturz der Verfassung bezweckt hätte. „Nur Idioten und Narren“ hätten eine solche Absicht haben können. ...

Eine bessere Vertretung des sozialdemokratischen Standpunktes, daß an der Erregung von Putsch nur die Feinde der Arbeiterbewegung interessiert seien, hätten wir uns gar nicht wünschen können.

Da aber der Bericht des „Vorwärts“ möglicherweise auf „menschewistischen Lügen“ beruht, wollen wir uns weiter nur an den Bericht der „Roten Fahne“ halten, deren Wahrheitsliebe von der „Roten Fahne“ selbst vielleicht doch nicht angezweifelt werden wird.

Nach dem Bericht der „Roten Fahne“ also erklärte Brandler:

Wir sind der Meinung, daß ein zäher Klassenkampf stattfinden wird, daß aber während des März nicht daran gedacht wurde, die Verfassung zu „särgen“.

An einer anderen Stelle des Berichts heißt es:

Genosse Brandler zitiert Stellen aus dem Spartakusprogramm, die beweisen, daß die Kommunisten die Regierung nur übernehmen durch den Willen der ungeheuren Mehrheit des Volkes. Er bezeichnet die Dynamitattentate als Rechtspitzelei und blickt den Unsin. Das strategische Ziel der Kommunisten sei, die Massen zu erobern.

Zum Beweis dafür, daß er ein Gegner aller Gewalttaten sei, zitierte Brandler einen leibhaftigen „menschewistischen“ Minister aus Sachsen, den Genossen Frießel, den „menschewistischen“ Gewerkschaftsbeamten Friedel und sogar den bürgerlichen Direktor Siemens herbei, die alle drei ihm das allerbeste Zeugnis ausstellten.

Also auch nach dem Zeugnis der „Roten Fahne“ hat Brandler jeder Putschakt die klarste Absage erteilt. Und wenn es vorher auch vielleicht etwas anders klang, vor Gericht hat er nicht wie ein Linkskommunist gesprochen, sondern eher wie ein Sozialdemokrat. Er hat ausdrücklich erklärt, daß die Kommunisten die Regierung nicht anders übernehmen wollen als „durch den Willen der ungeheuren Mehrheit des Volkes“. Wer hätte vor zwei Jahren noch ein solches klares Bekenntnis zur Demokratie aus dem Munde eines Kommunisten, eines Linkskommunisten sogar, erwartet?

Der ganze Streit in der Arbeiterbewegung hat sich seit dem 9. November doch darum gedreht, ob es möglich ist, den Kapitalismus durch gewalttätiges Vorgehen einer Minderheit zu stürzen oder ob dazu „die ungeheure Mehrheit des Volkes“ notwendig ist. Die Kommunisten, zeitweilig sogar die Unabhängigen, haben das erste behauptet, während die Sozialdemokratie das zweite vertrat und jedes gewalttätige Vorgehen von Minderheiten verwarf.

Und jetzt stellt sich vor Gericht heraus, daß das alles nichts als ein kolossales Mißverständnis gewesen ist. Die Kommunisten haben im Grunde nie etwas anderes gemeint als die Sozialdemokraten, das steht sogar — schade nur, daß es bisher übersehen worden ist! — schon im Spartakusprogramm.

Man könnte auf den Gedanken kommen, es handle sich bei Brandler um eine plötzliche Belehrung. Aber wo ist der deutsche Kommunist, der heute noch eine andere Auffassung vertritt? Von Leo haben wir gehört, daß nicht nur er aus den gleichen Gründen wie Brandler ein Gegner jedes Putsches ist, sondern daß auch Rosa Luxemburg und Leo Jogiches schon den Januaraufstand von 1919 — gegen Karl Liebknecht — mit der Kraft der Verzweiflung bekämpft hätten. Sodann traten hier im „Vorwärts“ die beiden ehemaligen Führer der RPD, in Hamburg, Laufenberg und Volkheim, auf den Plan, um „zur Ehrenrettung eines Toten“ zu befunden, daß auch Liebknecht ein Gegner des Januaraufstandes gewesen sei. Die beiden ehemaligen Führer der kommunistischen Arbeiterpartei betrachten es als eine Ehrenkränkung, wenn man von einem Menschen behauptet, er hätte den Januaraufstand gewollt!

Im Ernst gesprochen: Was wir hier erleben, das ist ein katastrophaler Zusammenbruch aller kommunistischen Theorien und eine über Erwarten rasche und vollständige Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik. Die kommunistischen Führer wagen es nicht einmal mehr, sich zu ihren früheren Irrtümern zu bekennen, sie wollen so klarliegend, wie sie es jetzt durch die bitteren Lehren der Tatsachen geworden sind, schon immer gewesen sein. Bei diesem Zusammenbruch aller deutsch-bolschewistischen Kartenhäuser versinkt sogar der Streit zwischen Rechts- und Linkskommunisten in das Nichts. Es ist wirklich nicht einzusehen, wie der Kampf der kommunistischen Linken gegen die Rechte wegen ihres „Opportunismus“ weiter fortgeführt werden soll, nachdem sich nun auch Brandler als vollkommener „Opportunist“ entpuppt hat.

Wir können von dem Verständnis der Kommunisten, daß gewalttätige Minderheitsaktionen ein sinnloses Verbrechen an der Arbeiterklasse selbst sind, nur mit tiefer Genugtuung Kenntnis nehmen. Aber wir müssen noch einen Schritt weitergehen und die Einsicht verlangen, daß unter solchen Umständen auch jede Fortsetzung der zersetzenden Kämpfe in der Arbeiterbewegung ein sinnloses Verbrechen an der Arbeiterbewegung selbst ist. Wer weiß denn heute überhaupt noch, um was eigentlich gekämpft wird? Solange sich die Kommunisten zur Eroberung der politischen Gewalt durch Minderheiten, die Sozialdemokraten zu demokratischen Methoden bekannten, hatte der Kampf noch einen Sinn. Seit sich selbst die Linkskommunisten durch Brandler zu der Auffassung bekannt haben, daß eine politische Partei ihre Ziele nicht früher verwirklichen kann, als bis sie „die ungeheure Mehrheit des Volkes“ für sich gewonnen hat, sind alle kommunistischen Angriffe auf die Sozialdemokratie nur noch stumpfsinniger Krakeel.

Der Kommunismus hat sich als unfähig erwiesen, dem Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung neue Wege vorzuschlagen. Er stützt an seiner geistigen Armut. Jetzt muß auch der letzte Arbeiter begreifen, daß es zur Eroberung der politischen Macht kein anderes Mittel gibt als das der Demokratie, zu dem sich die Sozialdemokratische Partei stets bekannt hat. Einstellung der Bruderkämpfe, Zusammenbruch im Zeichen der Sozialdemokratie, um „die ungeheure Mehrheit des Volkes“ für die Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung zu gewinnen, ist jetzt die Lösung!

Der Minister aus Trost.

Wenn es noch eines Beweises für den reaktionären und arbeiterscheuernden Charakter des gegenwärtigen Preussens-Kabinetts, insbesondere aber seines Chefs, des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald, bedürft hätte, so wurde er durch die Vorgänge erbracht, die sich gestern im Parlamentsaal wie im Ministerzimmer des Abgeordnetenhauses abspielten. Bei der Fähigkeit, mit der Herr Stegerwald an seinem Portefeuille klebt, erscheint es notwendig, auf seine verschiedenen, außerordentlich bemerkenswerten Äußerungen vom gestrigen Tage nochmals zurückzukommen.

Sämtliche Reden Stegerwalds werden durch die Bemühung charakterisiert, bei den Rechtsparteien Sympathien zu erwerben, während er — insbesondere durch seine Äußerungen zur Frage der Regierungsneubildung — die Linke unaufhörlich provoziert. Durch seine bewußt nationalistischen Äußerungen gelang es ihm denn auch, in seiner gestrigen Rede den besonders fürmischen Beifall der bürgerlichen Reaktion zu erlangen. Herr Stegerwald sprach den lapidaren Satz aus: „Ich bin sozusagen Minister aus Trost“. Diese Äußerung zeigt einmal, daß Herr Stegerwald von der Unhaltbarkeit seiner Stellung auf Grund der parlamentarisch-demokratischen Prinzipien selbst überzeugt ist, darüber hinaus aber geht aus dieser Äußerung sein Wille hervor, ein klein wenig den Diktator von Preußen zu spielen. Die Demokratie kennt Minister aus Vertrauen. Minister aus Trost sind ihr unbekannt, und sie hat verfassungsmäßige Mittel,

diesen Trost zu brechen, wenn er sich eine Rolle anmaßt, die ihm seiner Bedeutung nach nicht zukommt.

Charakteristischerweise hielt es Herr Stegerwald für angebracht, auf die Friedensresolution vom Juli 1917 zurückzukommen. Auch hier rückte er unverkennbar von jener Aktion des Reichstages ab, die den Grundstein zu dem erst durch die Revolution geschaffenen und vollendeten parlamentarischen System legte und damit die eigentliche Voraussetzung für seine gegenwärtige Stellung schuf. Seine Äußerung, er halte zwar an den „Grundgedanken“ der Friedensresolution fest, aber die Injenzierung sei falsch gewesen, zeigt zur Genüge, wie Stegerwald in Wirklichkeit über jene Aktion denkt.

Im Verlauf seiner Rede erklärte der Ministerpräsident, er habe zur Deutschen Volkspartei keine besondere Zuneigung. Diese Erklärung wurde ihm offenbar von keiner Seite geglaubt, und charakteristischerweise erwiderte der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Dr. v. Campe, der sofort nach Stegerwald das Wort ergriff, die Ausführungen des Ministerpräsidenten hätten seine politischen Freunde sympathisch berührt. Stegerwald spielte also ein wenig die Rolle der spröden Jungfrau, die ihre Liebe nicht zu erkennen geben will, aus deren Verhalten man aber auf ihre wahren Gefühle schließen kann.

Am gleichen Tage hatte der Ministerpräsident mit einem Vertreter des „B. T.“ eine Unterredung. Hier wurde er deutlicher. Er kam auf die Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Vertretern Bels, Siering und Krüger vom 11. Mai zurück und erklärte, er habe die Herren nicht im Zweifel darüber gelassen, „daß zuerst einmal die Parteien sich über die von mir gestellten Vorfragen einigen müßten“. Auch hier also macht sich das Bestreben Stegerwalds bemerkbar, nicht parlamentarisch zu verhandeln, sondern diktatorisch zu gebieten. Einen wie geringen Wert man im übrigen einer solchen Erklärung der Deutschen Volkspartei gegenüber beizulegen hat, geht aus einem weiteren Satz jener Unterredung hervor, nach dem Stegerwald für eine Politik der Mitte eintritt, „die von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reicht“. Hier zeigt sich die gleiche Verkennung der politischen Situation, die Stegerwald in seinen sämtlichen, zur Regierungsbildung von ihm vorliegenden Äußerungen erkennen läßt.

So kann man der „Nationalliberalen Korrespondenz“ nur zustimmen, wenn sie als Ideal des Ministerpräsidenten die seinerzeit von der Deutschen Volkspartei in Vorschlag gebrachte „nationale Einheitsfront“ bezeichnet. Die alte Erfahrung, daß der Trost den Blick des Menschen trübt, bestätigt sich auch im Falle des preussischen Ministerpräsidenten, der offenbar von seiner hohen Warte herab jedes Verständnis für die politische Situation verloren hat und eine falsche Einschätzung der Sozialdemokratie zeigt, die zwar über kurz oder lang für ihn, nicht aber für diese von katastrophalen Wirkungen begleitet sein muß. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion befindet sich jedenfalls in voller Uebereinstimmung mit den Parteigenossen im Lande darüber, daß für sie in einem Kabinett neben der Deutschen Volkspartei kein Platz ist.

Berechtigte Mahnung.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer heutigen Morgennummer einen kurzen Artikel von Graf Westarp, der davor warnt, die Möglichkeiten zur Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen zu überschätzen. Er glaubt zwar, daß die Zahlung der ersten Milliarde zur rechten Zeit ermöglicht werden kann, erinnert aber daran, daß dann weitere Zahlungen von 800 bis 900 Millionen in jedem Vierteljahr fällig werden. Man solle sich also nicht einbilden, daß schon „alles in schönster Ordnung“ sei. Der deutschnationale Führer schließt mit wachsendem erhabenem Zeigefinger:

An diesen Sachverhalt muß erinnert werden, um einer einschläfernden und betäubenden Wirkung auf die

öffentliche Meinung vorzubeugen, an der das Kabinett Birtz ein Interesse haben mag, die sicher aber nicht im Interesse des deutschen Volkes liegt.

Wir glauben nicht, daß das Kabinett Birtz an einer Einschläferung der öffentlichen Meinung interessiert ist. Es muß im Gegenteil die stärkste Aufrüttelung wünschen, damit die zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen notwendigen Mittel auch rechtzeitig aufgebracht werden.

Graf Westarp kann mit seiner Mahnung zweierlei wollen. Entweder will er den Glauben des Auslands an die Einhaltung der nächsten Zahlungstermine durch Deutschland erschüttern und damit die Pfändertheorie der französischen Imperialisten unterstützen — das wäre dann ein geradezu landesverräterisches Beginnen. Oder aber, er will daran erinnern, daß alle Volksschichten, vor allem die leistungsfähigsten des Großgrundbesitzes und des Großkapitals große patriotische Opfer bringen müssen, um Deutschland vor den Folgen der Nichterfüllung zu schützen.

Wir nehmen zugunsten des Grafen Westarp das letztere an und betrachten seine Ausführungen in diesem Sinne als eine berechtigte Mahnung. Sollten wir ihn falsch verstanden haben, dann kann er es ja sagen...

Bismarck vor dem Reichsgericht.

Der Streit um den dritten Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ ist durch das salomonische Urteil des Kammergerichts, wonach dem Verlage Cotta der Abdruck einiger Briefe erlaubt wurde, noch nicht erledigt, da sich der Cotta-Verlag mit diesem Urteil begreiflicherweise nicht zufrieden gibt. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, wird der Verlag Cotta gegen die Entscheidung des Kammergerichts Berufung einlegen, so daß der Prozeß nunmehr in der letzten und höchsten Instanz das Reichsgericht beschäftigen wird.

Klassenveröhnung mit Maschinengewehren.

Am Montag beging die „Tiroler Heimatwehr“ einer Weidung aus München zufolge das Fest ihres einjährigen Bestehens. Zur Verschönerung der Feier war auch der Landeshauptmann der bayerischen Einwohnervwehren Horst Eischer erschienen, der, der „D. Z.“ zufolge, als den Sinn der Heimatwehren nicht den Klassenkampf, sondern die Klassenveröhnung bezeichnete.

Ferner wird „von berufener Seite“ die Weidung der „Deutschen Zeitung“ demontiert, wonach Eischer von seinem Posten zurückzutreten beabsichtige. Demgegenüber heißt es, Eischer denke nicht daran, in diesem kritischen Stadium von der Leitung der bayerischen Einwohnerwehr und auch der Orgelei zurückzutreten. Diese Mitteilung bestätigt unsere sofort nach Bekanntwerden der Nachricht der „Deutschen Zeitung“ geäußerten Zweifel. Allerdings möchten wir fragen, welche Aufgaben Herr Eischer an der Spitze einer Organisation zu erfüllen gedenkt, die auf Grund des angenommenen Ultimatus in wenigen Wochen aufgelöst sein muß? Wir glauben nicht, daß Herr Eischer sich als „Offizier ohne Soldaten“ sonderlich wohl fühlt; wenn es ihm wirklich ehrlich um seine so oft mit verdächtigem Vornehm verklärte Vaterlandsliebe ist, so sollte er durch sein Verhalten nicht den Zweifel erwecken, daß die Auflösung nur eine Komödie war und daß hinter ihm noch immer eine Anzahl leistungsberechtigter bayerischer Mannen steht. Oder will Herr Eischer als „Vater der Einwohnerwehren a. D.“ auch weiterhin im Sinne einer „Klassenveröhnung“ wirken, die er durch seine militärischen Spielereien mit Maschinengewehren und Schießprügeln so prächtig eingeleitet hat?

Freikorpswerbung auf dem Amtsgericht.

Bekanntlich wurden im Amtszimmer des Schöffengerichts Potsdam von dem Justizsekretär Oberleutnant a. D. Oppermann viele Leute angeworben und nach Oberschlesien geschickt. Diese mußten sich dem „Berein deutschnational gesinnter Soldaten“ angliedern. Viele von ihnen sind in Gefangenschaft in Polen verwanzt worden. Die verwundeten Soldaten hatten sich jetzt an das Werkbureau Oppermann. Im Laufe des gestrigen Tages kamen diese Verletzten auf das Amtsgericht in der Lindenstraße, um

Vinzent van Gogh.

Ausstellung im Kronprinzenpalais.

Ein genialer Künstler, der ein notorisch Geisteskranker war. „Natürlich ein Exzentriker!“ wird mancher Leser ausrufen. Aber er irrt sich: Dieser seltsame holländische Maler, der zwischen zwei Lobfuchsanfällen die wunderbaren Meisterwerke schuf, ging mit verzehrender Leidenschaft darauf aus, die Eindringlichkeit der Natur, wie sein Auge und sein Gefühl sie aufnahmen, in Linien und Farben zu übertragen. Er malte im Freien, während der Sturmwind seinen Stuhl rüttelte, oder in der Mittagsstille, entblößten Houpies, so daß der Brand der südfranzösischen Sonne ihm mit der Zeit alle Haare vom Kopf gelengt hatte. Und er malte stets in rasender Eile, mit der Anstrengung fochendem Atem, da die Effeite, die er getreu wiederzugeben sich mühte, oft nur kurze Zeit währten, und immer in einer Sekunde auf die Leinwand fixiert werden mußten. Wer auch nur ein einziges Bild von ihm gesehen hat, der kennt die seltsame, charakteristische Pinselführung. In diesen, geraden oder gekrümmten Linien, die wie Würmer nebeneinander oder durcheinander krabbeln, trägt er keine Farbe auf. Mit Blau, Gelb, Grün und Rot erzielt er alle seine Effeite. Aber diese Farben erscheinen in einer unerklärlich reichen Nuancierung, und es ist für ein empfindliches Auge einer der größten Genüsse, diesen feinen und zarten Abwandlungen auf der Wafläche nachzugehen. Und jeder Pinselstrich wirkt für sich, jedes der farbigen Würmer scheint zu leben und eine Seele zu haben. Und ebenso deutet er keine Federzeichnungen aus Strichen und Punkten, und jeder Punkt und jeder Strich ist ein selbständiges Wesen von eigener Ausdruckskraft.

Seit länger als dreißig Jahren ruht Vinzent van Gogh unter der Erde. 1853 wurde er in einem Dorf der niederländischen Provinz Nord-Brabant als Sohn eines Pfarrers geboren. Er wandte sich erst im Haag, dann in London und Paris dem Kunsthandel zu, ging 1876 als Schullehrer nach England, trieb im Jahre darauf in Brüssel theologische Studien und trat dann als predigender „Evangelist“ in den Kreisen der belgischen Minenarbeiter auf. Von hier datieren seine ersten künstlerischen Versuche, die er dann, teils in Brüssel, teils im Hause seiner Eltern, mit großer Energie fortsetzte. 1883 besuchte er auf kurze Zeit die Antwerpener Akademie, 1886 ging er nach Paris, wo er durch seinen Bruder, einen Kunsthändler, mit den Kreisen der Impressionisten in Verbindung kommt. 1887—89 lebte er in Aries in Südfrankreich. Dies war die Blüteperiode seines Schaffens: in den zwei Jahren entstanden mehrere hundert Bilder. Aber seine physische Kraft war bereits aufgebraucht, sein Nervensystem vollständig zerstört. Bei einem Besuche seines Freundes, des genialen Malers Gauguin, kam es zur Katastrophe. Eines Abends war er im Birtshaus dem Freund ein Glas an den Kopf. Gauguin wich aus, teilte aber am anderen Morgen dem Jernhirschen mit, daß er Aries verlassen und den Vorfall Goghs Bruder meiden werde, von dessen Unterstützung der Maler lebte. Vinzent schwieg, aber am Abend ging er auf offener Straße mit einem Rasiermesser auf Gauguin los. Als auch dieser Angriff zurückgewiesen wurde, begab sich van Gogh nach Hause, schnitt sich selber ein Ohr an der Wurzel

ab, verband sich und lieferte das Fragment in einem Hause der Nachbarschaft ab. Am anderen Morgen fand Gauguin das Haus des Freundes von einer Volksmenge belagert, die ihn des Mordes beschuldigte. Er ließ einen Arzt holen und reiste ab. Gogh aber begab sich in das Irrenhaus von Arles, wo er die herrlichsten Bilder malte, die sein Pinsel je hervorgebracht hat: ein Porträt mit dem verbundenen Kopf, den Klostergarten des Irrenhauses mit wunderbaren Blumenbüschen, kostbare Stillleben u. a. Den Rest seines Lebens verbrachte er dann in einer Irrenheilanstalt in Auvers an der Oise, rastlos arbeitend, bis er im Juli 1890 seinem Leben ein Ende machte. Als ihn der Doktor mit der Nadel im Leibe fand und ihn nach der Ursache des Selbstmordes fragte, antwortete Vinzent die Worte: „Er hat dann noch eine Nacht und einen Tag gelebt, ruhig seine Pfeife rauchend und von Kunstbüchern lesend.“

Die Ausstellung, die heute mittig im obersten Stockwerk des Kronprinzenpalais eröffnet wurde, zeigt eine Reihe der größten Meisterwerke van Goghs, darunter die berühmte „Arlesienne“, den „Postbeamten“ und zahlreiche Landschaftsbilder und Stillleben. Im letzten Räume sieht man seine Zeichnungen. Alles, mit wenigen Ausnahmen, stammt aus Berliner Privatbesitz. Wenn man diese Herrlichkeiten betrachtet, dann überkommt einen das Gefühl der Trauer und der Empörung: nicht ein einziges Werk van Goghs besitzt die Nationalgalerie als ihr Eigentum! Und dabei wurden ihm seinerzeit nicht weniger als sechs wertvolle Gemälde als Geschenk angeboten, aber sie durfte sie nicht annehmen, da Er. Majestät diese „lange Richtung nicht pakte“.

Das Kronprinzenpalais einschließlich der van-Gogh-Räume ist Dienstags, Mittwochs und Sonntags von 9—3 Uhr unentgeltlich geöffnet. Ich kann den Besuch dieser Ausstellung, die ein Kunstereignis allerersten Ranges bedeutet, jedem dringend empfehlen.

Dr. John Schilowski.

Gegen die Reform der Reichsrechnung, die vom Reichsministerium des Innern vorbereitet ist und über die demnächst der Reichsausschuß entscheiden soll, wendet sich der Buchhändler-Bärsenverein in einer an die Unterrichtsverwaltungen der Einzelstaaten gerichteten Eingabe. Er meint, die Reform würde die schlagende Alphabetordnung umstoßen und alle Lexika, Karteien usw. verwirren. Dadurch würden die wirtschaftlichen Bedrägnisse des Buchhandels geschwächt und eine Belungrüfung unseres ganzen Schriftwesens hervorgerufen werden.

Die diesjährige Handelshochschulconferenz fand an den letzten drei Tagen der Pfingstferien in der Berliner Handelshochschule statt. Außer einigen amtlichen Vertretern nahmen von jedem Dozentenkollegium noch mehrere Herren teil. Den wichtigsten Gegenstand der Beratungen bildete die Frage der Angliederung der Handelshochschulen an Universitäten oder Technische Hochschulen. Die Retentionenkonferenz ist nach eingehenden Beratungen zu dem Beschluß gekommen, daß gegen jede Art der Verschmelzung einer Handelshochschule mit anderen Hochschulen Bedenken bestehen, wenn nicht die Erfüllung der bisherigen Aufgaben der Handelshochschule in vollem Umfange gewährleistet bleibt. Diese Aufgaben bestehen in der wissenschaftlichen Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses sowie der Handelslehre; ferner in der Darbietung wirtschaftlicher Vor-

lesungen und Übungen für solche Kaufleute, Beamte und Ingenieure, die bereits im Berufsleben stehen. Gegen Arbeitsgemeinschaften mit anderen Hochschulen werden keine Bedenken erhoben. Von den weiteren Beratungsgegenständen sind zu erwähnen die Bedingungen für die Zulassung zum Handelshochschulstudium und die Regelung der Gebühren. Die Hochschulvertreter haben beschlossen, einstweilen keine Erhöhung der Gebühren vorzuschlagen.

Zum nächsten Vorort der deutschen Handelshochschulen wurde an Stelle des bisherigen Vororts Berlin die Handelshochschule Mannheim gewählt.

Vollsunterricht in der Dufite? Wie ein hiesiges Mittagsblatt feststellt haben will, existieren in Berlin private Volkshochschulen, die ihre Unterrichtsräume in den Vereinszimmern einfacher Restaurationslokale unmittelbar neben dem Schanzenraum haben.

Ob aber ein pädagogisches Interesse vorliegt, den Kindern die Seagnungen des Elementarunterrichts ausgerechnet in dem dunkelreißer Berliner Kneipräume angeheben zu lassen, erscheint etwas fraglich. Vielleicht tritt die Unterrichtsverwaltung der Sache näher.

Jeder sein eigener Schnapsabwickler! Der Kommissar für die Durchführung des Alkoholverbotes im Staate Ohio tritt in seinem Jahresbericht mit der erstaunlichen Behauptung hervor, daß es jetzt statt der paar hundert Brauereien und Schnapsfabriken von früher viele Hunderttausende derartige Einrichtungen gebe. Nach der Ansicht dieses Beamten ist jeder Amerikaner heute sein eigener Schnapsfabrikant und Brauer. Die Erhebungen der Polizei haben z. B. in Columbus City ergeben, daß eine von vier Familien durchschnittlich ihr eigenes Bier braut und daß manche Hausfrauen die Herstellung von Schnaps in so großem Umfange betreiben, daß sie damit auch noch andere Familien und Freunde versorgen. Alle Früchte, die sich zur Herstellung beruhigender Getränke eignen, werden in großen Mengen aufgekauft, und in manchen Gemeinden gibt es kein Haus mehr, das nicht einen Destillationsapparat für die Herstellung von Schnaps enthält. Die Schnapsfabrik gehört für viele Amerikaner zum Haushalt so gut wie die Küche.

Bolschewistische Münzen mit dem Jarenbildnis. In russischen Kaufmannskreisen erzählt man, daß die Bolschewisten begonnen haben, Silbermünzen im Werte von je 1000 Bolschewistenrubeln zu prägen. Diese Münze soll zur Bezahlung von Bauern dienen, die sich weigern, Papiergeld anzunehmen. Da die neuen Münzen in den alten Prägestätten hergestellt werden, so werden die russischen Wuschis, abgesehen von der guten Bezahlung, auch die Freude haben, auf den Geldstücken das Porträt ihres verstorbenen Väterchens wiederzusehen.

Die Veranschaulichung der „Wästerdämmerung“ im Deutschen Opernhaus. Die musikalische Leitung hat Eduard Reike.

Prof. Mayer, der den Vorschlag für Geschichte der Völkergeschichte im Selbstverlag hatte, ist als Nachfolger des verstorbenen Prof. Ratzel in Berlin berufen worden und hat die Berufung angenommen.

hört bei dem Justizretter ihre Ansprüche geltend zu machen. Gemeinlich mit den Angeklagten, die auf dem Termine warteten, standen die angemerkten Soldaten auf dem Gerichtskorridor. Wir hatten Gelegenheit, einen dieser Oppermann-Deute nach Verlassen des Amtsgerichts zu sprechen. Der Mann gab an, daß er augenblicklich auf Reichskasse im Garnisonlazarett zu Potsdam behandelt wird. Ferner erklärte der Befragte, daß der „Deutschösterreichische Schutz- und Trugbund“ mit der deutschen Studentenenschaft und Tausenden von deutschnational gesinnten Soldaten augenblicklich an der Front stehe. Dieser Werberummel spielt sich Tür an Tür neben dem Beratungszimmer der Richter ab!

Die Schuld an den Märzunruhen.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages zur Untersuchung der Märzunruhen hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der die beiden Berichterstatter Dr. v. Drögander (Dnat.) und Dr. Liebknecht (USP.) das Resultat ihrer Ermittlungen auf Grund der Akten vortrugen. Beide Berichte standen sowohl im schärfsten Gegensatz zu einander wie im schärfsten Widerspruch zu den Tatsachen. Das Reiserat Dröganders war eine Aufwärmung der bekannten reaktionären Anklagen gegen Höring und Seering, besonders wegen des Umbaus des Verwaltungsapparates. Nach Dr. Drögander war die Entsendung der reaktionären Beamten an allen Uebeln schuld. Das Reiserat Dr. Liebknechts dürfte am meisten seine eigenen Parteigenossen von der USP. übertracht haben, denn es verfuhr eine Mohrenwäsche an der Kommunistischen Partei. Liebknecht behauptete sogar, daß trotz der Angaben Dr. Denis über die Märzkonferenz die USP. den Putsch nicht gewollt habe. Wie Dr. Drögander von rechts, so griff Liebknecht von links die frühere preussische Regierung auf das heftigste an.

Ramens der SPD. erklärte Genosse Kuttiner, daß keiner der beiden Berichte ihn befriedige, und daß die Sozialdemokratie demnächst Gelegenheit nehmen werde, nicht nur die Widersprüche zwischen beiden Berichten, sondern auch gewisse Tatsachen aufzuklären. Der Ausschuß beschloß, nach Drucklegung der beiden Berichte in einer besonderen Sitzung sich über die zu erhebenden Beweise schlüssig zu werden.

Der neue Kriegsverbrecherprozeß.

Vor dem Zweiten Strafsenat des Reichsgerichts Leipzig begann heute vormittag der 5. Kriegsverbrecherprozeß, der sich gegen den früheren Feldpolizeibeamten Ramdohr richtet. Der Angeklagte ist Student der Rechte; sein Vater ist Arzt in Leipzig. Die Verteidigung liegt in den Händen von Justizrat Dr. Kaiser aus Leipzig. Der Verhandlung, die sich voraussichtlich auf drei bis vier Tage erstrecken wird, mahnen u. a. auch drei belgische Regierungsexperten bei. Den Vorsitz führt wiederum Präsident Dr. Schmidt.

Um 9 Uhr vormittags wurde die Sitzung eröffnet. Zunächst werden die fremden Zeugen aufgerufen, zur Wahrheit ermahnt und besonders mehrere Jugendliche auf die Bedeutung des Eides hingewiesen. Der Angeklagte, der bereits 4 Monate in Untersuchungshaft ist und die Stelle eines Unteroffiziers bekleidete, gibt auf die Frage des Vorsitzenden an, daß er am 9. Februar 1901 geboren und Inhaber des Eisernen Kreuzes sei.

Präsident: Nach der Anklageschrift haben Sie als Beamter der Feldpolizei in Belgien vorzüglich erstens ohne jede Berechtigung Verhaftungen vorgenommen und die Dauer dieser Freiheitsentziehungen verlängert, zweitens Körperverletzungen begangen und Zwang angewendet, um Geständnisse zu erpressen. Ich warne Sie, dieselbe Taktik hier zu befolgen, wie Sie es in der Voruntersuchung getan haben, indem Sie sich auf nichts besinnen wollen und alles abtuegen. Angeklagter: Vor einem deutschen Gericht bin ich bereit, die volle Wahrheit zu sagen. Vor einem ausländischen Gericht würde ich wahrscheinlich eine andere Taktik befolgen, da ich die belgische Bevölkerung und ihren Hof gegen das Deutschland kenne. Präsident: Diesen Hof können Sie doch nicht ohne weiteres auf die belgische Rechtspflege übertragen. Angeklagter: Ich habe verschiedentlich gefragt und überall ist mir der Rat erteilt worden, in meinen Aussagen zu Üchakte und zu sein, solange nicht feststeht, ob ich nicht zur Aburteilung an eine feindliche Macht ausgeliefert werde.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Wirth im Reichswirtschaftsrat.

In der heutigen Vollversammlung des Reichswirtschaftsrates nahm der Reichsanwalt das Wort zu folgenden Ausführungen:

Seit Ihrem letzten Zusammensein sind Ereignisse von großer Tragweite in das Buch der Geschichte eingetragen worden. Es ist nicht nötig, Ihnen heute wie im Reichstag programmatisch die Lage auseinanderzusetzen; sie ist durch unser Jawort geklärt. Ungeklärt ist die Frage der Regelung der Einzelheiten, die aus dem Ultimatum erwachsen. Es ist nicht allein die Frage, wie wir das Ultimatum erfüllen wollen, die einzige, die uns angeht, sondern auch die Frage der Oberbefehlshaber, des Bundes unserer Brüder, das in schwerer Not steht. Wir haben in unserer auswärtigen Politik, auch was die oberste Befehlshaberfrage angeht, dem Gedanken Rechnung zu tragen, der der Leitfaden unserer Politik ist. Auch in der oberste Befehlshaberfrage haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zur internationalen Kommission und zu den Völkern auf dem Boden der Verständigung zu lösen, ohne daß die Waffen im Bürgerkrieg das letzte Wort zu sprechen wagen und ohne, daß ein allgemeiner Wirrwarr in Europa entsteht.

Das Recht, daß die oberste Befehlshaberfrage auf dem Boden des Rechts gelöst werden muß, ist im Friedensvertrag von Versailles vorgezeichnet, aber von diesem Recht, daß die oberste Befehlshaberfrage nicht durch Diktatur entschieden werden darf, dürfen wir niemals ablassen. (Lebhafte Beifall.) Nun handelt es sich darum, daß wir in der oberste Befehlshaberfrage nicht die Ketten verlieren. Es können da und dort Störungen eintreten und sie sind ja eingetreten, aber darüber ist sich doch die Welt klar, daß das deutsche Volk in Oberbefehlshaber und der Selbstbehauptung eine Engelsgeduld an den Tag gelegt haben, die die Welt schwer verstehen kann. (Sehr richtig.) Diese Geduld machen wir ihnen auch fernherhin zur Pflicht, daß sie ausharren, bis durch einen Schiedsspruch der alliierten Mächte die Frage gelöst ist. Sie kann nur gelöst werden unter gerechter Würdigung des oberste Befehlshaberbezugs. Das wird der Prüffstein sein für die demokratische Entwicklung Europas, ob das Recht des oberste Befehlshaber bezugs findet. Ihrer Mitarbeit an der großen Frage der Erfüllung des Ultimatus bedarf es dazu.

Die heutige Regierung will erfüllen, was in Menschenkräften steht. Allein das Leistungsprinzip, allein die Verhandlungen, die wir zur Erfüllung des Ultimatus — nicht in letzter Stunde, mindestens in vorletzter Stunde — bereits geföhrt haben, und noch tätigen wollen, können sie selbst von dem guten Willen des deutschen Volkes überzeugen, alles auszubieten, was in Menschenkräften liegt.

Die Ausfuhrabgabe.

Dazu brauche ich Ihre Mitarbeit, und in den nächsten Wochen und Monaten wird sich entscheiden, ob der Reichswirtschaftsrat im deutschen Volke eine große Bedeutung bekommt oder nicht. (Beifall.) Es handelt sich insbesondere um die Ausfuhrabgabe, um den Index, der darin zunächst verborgen liegt, um die Einführung eines neuen Index. Davon hat sich die Welt wohl heute schon überzeugt, daß die Form, in der die zehnpromzentige Ausfuhrabgabe, die

ällig werden soll, nicht Rücksicht nimmt auf die Hauptfache, auf die es ankommt, auf die Behebung der deutschen Wirtschaft. Wenn Sie also mit uns in den Ausschüssen ernste Beratungen führen über die Ausfuhrabgabe, über die Einführung eines neuen Index, arbeiten Sie nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die ganze Welt und für das unglückliche Europa insbesondere.

Die neuen Steuern.

Der Schwerpunkt liegt jetzt in den Einzelaufgaben. Wir müssen innere Leistungen vollbringen zur Erfüllung der Reparationsaufgaben. Wenn man dem Pessimismus freien Lauf lassen wollte, brauchte man überhaupt keine Politik zu machen.

Politik ist der Weg des Optimismus.

Der Weg des Mutes, der die Dinge angreift, Politiker, die nicht diese Politik machen, verschwinden vom Schauplatz, und andere werden an ihre Stelle treten.

Die Zuckers- und Zündstoffsteuer liegt beim Reichstag, die Branntweinsteuer ist bereits in den Ausschüssen durchberaten und wird dem Reichstag schon in der nächsten Woche zugehen. Die Kapitalverkehrssteuern sind im Finanzministerium fertig und dieses wird Ihnen die Vorlage in den nächsten Tagen zur Beurteilung vorlegen. Die Getränkesteuer ist auch vorbereitet. Dasselbe ist der Fall bei der Umsatzsteuer, die auch in wenigen Tagen in der Beratung soweit fortgeschritten ist, daß mit Ihren Ausschüssen Fühlung genommen werden kann.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Konfessionswahl im 15. Lebensjahr. Der Rechtsausschuß des Reichstags beendete die Befragung eines von Dr. Kahl (D. Rp.) eingebrachten Gesetzentwurfes über religiöse Kindererziehung. Der Ausschuß entschied, daß nach vollendetem 14. nicht erst nach vollendetem 15. Lebensjahr dem Kinde die Entscheidung über sein religiöses Bekenntnis zusteht. Wenn das Kind das 12. Lebensjahr vollendet hat, kann sein Bekenntnis gegen seinen Willen nicht mehr geändert werden. Verträge über religiöse Kindererziehung sind nichtig.

Verbilligung des AOB. Vor einiger Zeit hat es großes Aufsehen erregt, daß der Preis des Reichsgesetzblattes auf 90 Mark erhöht werden ist. Infolge der Verminderung kleinerer Schrift, leichteren Papiers und einer Beschränkung des Inhalts ist der Preis wieder auf 45 Mark herabgesetzt worden. Die Postbezüge werden ohne besonderen Antrag das zwiefel gezahlte Geld zurückgehalten.

Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei gibt, in Verwirklichung eines alten Planes, am 1. September in Prag ein täglich erscheinendes Zentralorgan, „Der Sozialdemokrat“, heraus. Da der Erscheinungsort und seine Umgebung weitläufig überwiegend tschechisch ist, wird das Blatt keinen lokalen Charakter tragen, und da die zahlreichen Kreisblätter auch schon zumest täglich erscheinen, bedeutet diese Gründung einen interessanten Versuch, dem wir — trotz des Anschlusses der Partei Seligers an die Internationale 2½ — glückliches Gelingen wünschen.

Wahlüberlage der englischen Regierung. Bei der Parlamentswahl in St. Georges-Westminster wurde Craxine, der besonders gegen jede Art von Verschwendung kämpft, mit 724 Stimmen gewählt. Der geschlagene Regierungskandidat Jessel erhielt nur 536 Stimmen.

Groß-Berlin BAS.

In der Ringbahn sitzt neben mir ein junger Mann, nervös über einen langen Streifen Papier gebeugt und halbblau vor sich hin klüsternd:

„eibe heißt Bazarett Buch.“

„habe aha heißt Heizbureau.“

„Da ich für Sprachstudien einiges Interesse habe, beuge ich mich leicht hinüber und lese mit“

„HBLH. = Heizbureau.“

„HSLR. = Hauptstudienkassette.“

„III. AB. = Irrenanstalt Buch — —“

usw. schlingungsweise über 100 solcher Bestimmungungen.

Ich frage: „Verzeihen Sie, was sind das für . . .?“ „Das sind Abkürzungen der städtischen Verwaltungsstellen, die jeder, der die Vorkursprüfung bestehen will, unbedingt beherrschen muß. Ich besuche einen Vorbereitungskursus und unser Lehrer hat uns dieses besonders ans Herz gelegt.“ Ich frage über den Zweck nach. — „Ist es nicht eine Rücksichtslosigkeit, überhaupt Abkürzungen zu gebrauchen? Seine Mitmenschen beim Lesen einer Kürzung zum Brauen und Lieberlegen zu zwingen und dann noch im Zweifel zu lassen, ob er das richtige getroffen hat? Wo ist da ein Vorteil, wenn beim Schreiben ein kleiner Zeitgewinn und beim Lesen ein doppelter Zeitverlust vorhanden ist? Und dann — ist es denn so wichtig, daß das die Tüchtigkeit eines Beamten in Frage stellen könnte? Sind da nicht Prüfungsfragen über praktisches Denken und Tun, über Geseßkunde und anderes wichtiger als dieses Kriegsprodukt? Doch vielleicht —?“ Ich frage weiter: „Da haben Sie wohl noch andere Prüfungsfragen zu pauken?“ Und er reicht mir einen Zettel.

„Wieviel Ehrenbürger hat Berlin? (3.)“

„Wie heißen diese und seit wann sind diese Ehrenbürger?“

(Folgen Namen.)

„Wieviel Stadtteile hat Berlin? (14.)“

„Wie heißen diese?“ usw.

Schnell gebe ich den Zettel zurück, vielleicht könnten Familienverhältnisse verletzt werden. Ich bin gerührt. „Wissen Sie, was BAS heißt?“ frage ich beim Verlassen des Zuges. „Vielleicht fragen Sie mal Ihren Lehrer, und wenn der es nicht wissen sollte, so sagen Sie es ihm.“

BAS. heißt Berliner Abkürzungs-Fimmel.“

Vertrauensvolle Mädchen.

Getauschte Opfer eines Heiratschwindlers.

Ein unliebsames Wiedersehen hatte gestern ein junger Mann, der seit einiger Zeit als Schriftsteller und Politikumoffizier unter dem Namen Bruno von Duast oder Leo von Knosch in Berlin Schwindelken im großen verübt hatte. Der Vielgewandte verstand es, junge Mädchen, bei denen er Geld vermutete, in seine Netze zu locken und durch vorgespiegelte Aussicht auf eine glänzende Zukunft und eine glückliche Ehe an sich zu fesseln. Der „Schriftsteller“ sprach viel von seinen Beziehungen am Theater und versicherte den Mädchen, bei denen er Lust zur Bühne entdeckte, daß es ihm ein leichtes sei, sie an einem guten Theater in der Provinz oder im Reich anzubringen. Die Vertrauensvollen, denen er bald auch die Ehe versprach, stellten ihm dafür entweder gleich in Berlin oder auf der Reise in die in Aussicht genommene Theaterstadt alles Geld zur Verfügung, was sie nur flüssig machen konnten. Damit begnügte sich aber der Schwindler in der Regel noch nicht. Wenn er kein bares Geld mehr aus seinen Opfern herauslocken konnte, so suchte und fand er auch zuletzt noch eine Gelegenheit, ihnen auch noch ihre Hebeligkeiten abzunehmen, um sie für seine Tasche zu verkaufen. Gestern hatte der Betrüger das „Pech“, am Halleischen Tor einer Betrogenen zu begegnen. Sie ließ ihn auf der Stelle festnehmen. Bei der Kriminalpolizei entpuppte sich der Verhaftete als ein 25 Jahre alter Leopold Döring aus Leipzig, der sich Schriftsteller nennt und, wie die Feststellungen ergaben, auch unter seinem richtigen Namen Schwindelken verübt hat. Getauschte Damen, die noch keine Anzeige gemacht haben, werden ersucht, sich im Zimmer 154 des Polizeipräsidiums zu melden.

Familienversicherung für Krankenkassenmitglieder.

Die Einführung der Familienversicherung für die Krankenkassenmitglieder Groß-Berlins ist in greifbare Nähe gerückt. In der letzten Zeit fanden Verhandlungen darüber statt zwischen dem Krankenkassenverband und dem Vorstand des Groß-Berliner Arbeiterbundes. Eine gestern im Langenbeck-Wirchow-Haus tagende sehr stark besuchte Vertreterversammlung erklärte sich fast einstimmig für die Einführung der Familienversicherung. Gegen nur drei Stimmen kam eine dahinlautende Resolution zur Annahme. Von besonderer Wichtigkeit für die Allgemeinheit ist darin der Passus, der sich auf die Gewährung von freier Arznei und Heilmittel evtl. Anstaltsbehandlung bezieht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß erst diese Maßnahme der Familienversicherung ihre volle Auswirkung auf die Gesundheit der Bevölkerung garantiert. Dem hat auch der sozialdemokratische Ärzteverein, der sich am 6. Juni gleichfalls mit dieser Frage beschäftigte, einstimmig Ausdruck gegeben. Es wird jetzt Sache der Kassenverwaltungen und der Kassenmitglieder sein, etwaige Widerstände, die sich namentlich in den Kreisen der Arbeitgeberdelegierten in dieser Beziehung zu zeigen scheinen, aus dem Wege zu räumen.

Jedenfalls gilt es, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um dieses bedeutungsvolle Werk, dem die Krankenkassen seit langem zustreben — erst kürzlich hat der Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, Genosse Max Kohn, diese überragende Bedeutung betont — endlich zum Abschluß zu bringen.

Die Benutzung der Preussischen Staatsbibliothek.

Der Bildungsdrang des deutschen Arbeiters ist bekannt. Tragdem wird die Preussische Staatsbibliothek mit ihren reichen Schätzen von Arbeitern sehr wenig benutzt. Vielleicht liegt es daran, daß man in weiten Arbeiterkreisen die Art der Bücherverleihung nicht kennt. Von jedem beliebigen, in Preußen erschienenen Buche und von jeder wissenschaftlichen, in der öffentlichen Verlehr gelangten Druckschrift ist an die Staatsbibliothek vom Verfasser oder Verleger ein Pflichtexemplar abzuliefern. Die Staatsbibliothek erhält somit die denkbare Fülle von Wissenstoff und auch solche wertvollen Buchausgaben, die an anderer Stelle kaum zu haben sind. Der große Besessene kommt für Arbeiter wenig in Betracht, da Arbeiter zu seiner Benutzung im allgemeinen keine Zeit übrig haben. Für die Entlehnung von Büchern ist folgender Weg einzuschlagen: Man holt sich im Bibliotheksgebäude unter den Linden 38 aus der hinter dem ersten Hof zu edener Erde belegenen Beihalle für 10 Pf. einen Büchergutschein, läßt diesen von einer vertrauenswürdigen Person (Regelführenden Beamtin oder Arzt, Rechtsanwalt, Bekrre usw.) ausfüllen und unterschreiben, legt diesen Schein, eventuell auch noch persönliche Ausweis-papiere, in der Benutzungskartenausgabe vor, trägt sich in ein Buch ein, bezahlt für halbjährige Benutzung 5 Mk. oder für ganzjährige Benutzung 10 Mk. und erhält dann die Benutzungskarte. Bei Vorlegung dieser Karte, die vom Entleiher mit seinem Namen zu unterschreiben ist, werden in der Beihalle für 75 Pf. 25 Beileihformulare ausgehändigt. Für jedes Buch ist je ein Formular auszustellen, was gleich an Ort und Stelle mit Tinte oder Tintenstift, nicht mit Bleistift, geföhren kann. Der Beileihzettel wird in den Beileihkasten geworfen, worauf nach 24 Stunden das bestellte Buch, falls es nicht anderweit verliehen ist, gegen Vorzeige der numerierten Benutzungskarte ausgehändigt wird. Uebertragung der Karte auf andere Entleiher ist unzulässig. Die Beileihfrist beträgt im allgemeinen drei Wochen, für Nachschlagewerke und Wörterbücher nur eine Woche. Verlängerung kann aus gewichtigen Gründen bewilligt werden. Wenn der Staat in seiner elenden Finanzlage nicht so dringend Geld brauchte, müßte man für unentgeltliche Benutzung der Staatsbibliothek eintreten.

Die Möbelausfuhr vertriebener Elsaß-Lothringer.

Von zuständiger Stelle wird den B. V. R. geschrieben: Nach Mitteilung der deutsch-französischen Möbelausfuhrkommission in Straßburg hat eine große Anzahl aus Elsaß-Lothringen Vertriebener bisher noch keinen Antrag auf Herbeiführung der Ausfuhr ihrer zurückgelassenen Habe bei ihr gestellt, obwohl diese Personen zum Teil schon vor längerer Zeit ausgewandert sind. Die Finanzlage des Reichs macht jedoch angesichts der hohen Verwaltungslosten einen möglichst baldigen Abbau der Ausfuhrkommission erforderlich. Demgemäß hat der Reichsminister des Innern (Abt. für Elsaß-Lothringen) die Kommission angewiesen, grundsätzlich nur noch solche Anträge auf Freigabe und Ausfuhr der Möbel zu erledigen, die bis zum 1. August bei ihr eingegeben. Nach diesem Termin muß es den Eigentümern überlassen bleiben, die zur Herbeiführung der Freigabe und Ausfuhr ihrer Habe erforderlichen, mit erheblichen Schwierigkeiten und Kosten verknüpften Schritte selbst zu unternehmen. Auf eine Entschädigung für die zurückgelassene Habe, deren Ausfuhr nicht rechtzeitig beantragt worden ist, kann nicht gerechnet werden. Die Anordnung findet auch Anwendung auf die nach in Elsaß-Lothringen befindlichen Personen mit der Maßgabe, daß sie bis zum obigen Termin der Möbelausfuhrkommission die Absicht der Ausfuhr und ihren voraussichtlichen Zeitpunkt mitzuteilen haben.

Eine kostspielige Autofahrt. Für 150 000 M. Schmud-sachen gingen einer Dame verloren, die vorgestern um 10 Uhr vormittags vom Bahnhofs mit einer Kraftdroschke nach Zehlendorf fuhr. Dort an ihrem Ziel angelangt, trug sie gemeinsam mit dem Chauffeur ihr Gepäck aus dem Wagen heraus und in das Haus hinein. Plötzlich entdeckte sie zu ihrem Schrecken, daß ein kleiner schwarzer Lederkoffer, der für 150 000 M. Schmud-sachen verschiedener Art, Gold, Brillanten usw. enthielt, fehlte. Der Chauffeur war inzwischen schon wieder abgefahren und nicht mehr einzuholen. Die Dame setzt auf die Wiederbeschaffung des Koffers mit dem Inhalt eine Belohnung von 5000 M. aus. Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei Berlin-Zehlendorf, Polizei-Revier 1, entgegen.

Vom Krankenhaus in den Tod. Ein 19 Jahre altes Mädchen Elfriede Geis aus Ludenwalde, das sich einige Tage in der Universitätsklinik aufgehalten hatte, sprang gestern vormittag an der Röhrendrücke in den Landwehrkanal. Leute, die den Vorgang bemerkten, bemühten sich mit einem Rettungsboot um die Erlittende. Es gelang ihnen auch, die Lebensmüde zu bergen, doch konnte ein Arzt nur noch den Tod feststellen.

„Königlich“ nennt sich immer noch das Charlottenburger Standesamt II, dessen Bureau in der Döhmerer Straße untergebracht ist. Zwei kleine Tafeln, die an der Hauswand zu beiden Seiten der Türnische befestigt sind, zeigen noch die Inschrift „Königl. Preuss. Standesamt“. Da die Tafeln samt der Inschrift aus Eisen gegossen sind, kann man allerdings das „Königl.“ nicht so einfach austilgen wie ein paar aufgemalte Buchstaben. Königl. wäre es aber ohne viel Mühe und Kosten möglich gewesen, die ganz leicht befestigten Tafeln völlig zu beseitigen und zeitgemäß umgeänderte Inschriften an die Wand zu pinxeln. Warum ist das noch nicht geschehen, obwohl nun schon über 2½ Jahre verlossen sind, seit die ausgeblasene Herrlichkeit des preussischen Königtums zusammenbrach? Ein Parteigenosse, der uns auf dieses immer noch „Königlich“ sein wollende Standesamt aufmerksam macht, empfiehlt, es dem nach Holland ausgerissenen „königlichen“ Defektor zum Gebrauch für seine „königlichen“ Beamten nachzuschicken. — Ein anderes Stück hartnäckig konservatorischer „Königlichkeit“ erfahren wir aus dem Dorf Schwanebeck bei Buch. Uns wird der Abdruck eines Stempels vorgelegt, der lautet: „Königl. Kirche zu Schwanebeck“. Ein Parteigenosse aus Schwanebeck versichert, daß dort dieser sonderbare Stempel noch in Gebrauch sei. Wir gestehen offen, daß selbst in den Zeiten der Königlichkeit Preußens uns von einer omikalen „Königlichkeit“ der Kirche nichts bekannt war. Aber richtig ist, daß stets und überall die Kirche durch den Eifer, mit dem sie das Königtum stützte und schützte, tatsächlich sich den Titel „Königlich“ verdient hat.

Gewerkschaftsbewegung

Was der Rüdorsdorfer Arbeiterschaft geboten wird!

Am 23. März gab der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin einen Schiedsspruch ab, der einen Aufschlag von 15 Prozent auf die Grundlöhne vorsah. Diese Zulage wurde einmal mit Rücksicht auf die Notlage der Arbeiterschaft in der Rüdorsdorfer Zementindustrie begründet, weiter aber damit, daß seit September 1920 die Löhne nicht erhöht worden sind. Eine weitere Erhöhung sollte in der Lohnwoche beginnen, in die der 1. April fällt.

Die Arbeitgeber verweigerten die Anerkennung des Schiedsspruchs, dessen Verbindlichkeitserklärung der Herr Demobilisationskommissar abzulehnen für gut fand. Seit dem 27. Mai stehen nun die Handwerker in allen Betrieben in Streik, und die Arbeiter sind ausgesperrt, so daß insgesamt 2000 Personen erwerbslos sind. Alle Bemühungen, einen Ausgleich zu finden, scheiterten an dem Widerstand der Arbeitgeber. Am 4. Juni sollte im Reichsarbeitsministerium eine Einigung versucht werden. Die Arbeitgebervertreter blieben aus. Am 6. Juni kamen sie und erklärten, anstatt einer Lohnerhöhung müsse eine Lohnkürzung um 10 Prozent vorgenommen werden. Die Streikenden sollen „nach Bedarf“ wieder eingestellt werden. Nebenbei soll bei dieser „günstigen Gelegenheit“ die Affordarbeit eingeführt werden, die bisher im Rüdorsdorfer Bezirk nie bestand. Außerdem soll eine systematische Ueberstundenwirtschaft eingeführt werden. Die Herren erklärten, ihre Lage wäre hofflos und könnten die geforderten Lohn-Erhöhungen nicht bewilligen, obwohl sie Millionen Reingewinne im Jahre zu verzeichnen haben.

Die Arbeitgeber mühten sich denn doch einmal die Frage vorlegen, ob sie durch derartige Provokationen der Arbeiterschaft ihre Interessen nicht mehr schädigen als fördern. Doch das ist ihre Sache. Sache der Rüdorsdorfer Arbeiterschaft wird es sein, sich gegen derartige Unerschämtheiten energisch zu wehren, wobei sie auf die Sympathien der gesamten Arbeiterschaft rechnen dürfen.

Gegen den Lohnabbau in der Holzrahmenbranche.

Die in der Holzrahmen- und Goldleistenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen waren am Dienstag zahlreich im Gewerkschaftshaus verammelt, um zu dem angekündigten Lohnabbau Stellung zu nehmen. Beteiligt an der Angelegenheit sind die Verbände der Holzarbeiter, der Glaser, der Transportarbeiter und der Buchbinder. Rössler erstattete Bericht über den Verlauf der Verhandlungen und gab die Lohnherabsetzungen bekannt, mit denen die Arbeitgeber aufwarten wollen. Es handelte sich — wie aus den Zahlen hervorgeht — um einen ganz gewaltigen Lohnabbau, gegen den die Arbeiterschaft sich mit aller Kraft zur Wehr setzen müsse. Alle im Tarif ausgeführten Gruppen, Arbeiter wie Arbeiterinnen, würden durch die geplante Lohnherabsetzung schwer geschädigt werden. Arbeiterinnen, die bisher im Tarif als Facharbeiterinnen geführt wurden, sollen nach dem Plan als „angelernte“ Arbeiterinnen geführt und ihr Stundenlohn soll von 4,65 auf 3,15 M. „abgebaut“ werden. Jetzt habe die Arbeiterschaft das Wort. Auf keinen Fall werde man auf die Zumutungen der Arbeitgeber eingehen können, sondern den Kampf aufnehmen, selbst wenn dieser Monate dauern sollte. (Beifall.)

Die folgende Aussprache hatte zum Ergebnis, daß sich alle Redner für den Kampf gegen den Lohnabbau erklärten. Sobald in einem Betriebe Lohnabbau vorgenommen werden, soll sich die Arbeiterschaft sofort an die Ortsverwaltung wenden, damit das Erforderliche veranlaßt werden kann. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung aller in der Goldleistenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen weisen mit Entschiedenheit die fröhe Provokation der Unternehmer zurück und verpflichten sich mit allen Mitteln, das heißt, auch durch Streik, den Lohnabbau zu verhindern.“

Einigung im Sangverbe der Provinz Sachsen.

Nach mehrstündigen Verhandlungen ist es Dienstag nachmittag gelungen, in dem Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Sangverbe der Provinz Sachsen und in Anhalt eine Einigung zu erzielen. Die Arbeiter erhalten Lohnherabsetzungen von 20-30 Pf. pro Stunde. Alle Ausperrungen und Streiks werden aufgehoben. Die Arbeit soll am Donnerstag früh wieder aufgenommen werden. — Die Darstellung der „Freiheit“, das Schiedsgericht sei verlagt, um erst Erhebungen zu veranlassen, ist damit gegenstandslos und der „Koten Fahne“ ist ein fetter Happen ins Wasser gefallen.

Tarifvertrag mit der Reichspostverwaltung.

In einer Funktionärversammlung des Verkehrsverbandes im Gewerkschaftshaus am Sonnabend berichtete Schmidt über die Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrags. Eine Aenderung des jetzt bestehenden Lohnarfs sei nicht vorgesehen. Doch sei es bei den Verhandlungen möglich gewesen, für einzelne soziale, mit dem Tarif verbundene Bestimmungen eine günstigere Gestaltung für die Kollegenchaft zu erreichen. Der endgültige Abschluß werde erst nach einigen Tagen erfolgen. Die Geltungsdauer soll für die Zeit vom 1. Juli 1921 bis 31. März 1922 festgelegt werden. Am 20. Juni wird in einer Vollversammlung im Gewerkschaftshaus ausführlich Bericht erstattet werden.

Die Elektromotoren und Helfer Groß-Berlins hatten am Dienstag eine Branchenversammlung in der Aula des Köllnischen Gymnasiums. Man beschäftigte sich zunächst mit dem Rahmenabkommen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller und seiner Auslegung. Zippel hielt darüber einen eingehenden informierenden Vortrag, woran sich eine Diskussion schloß.

Ueber die Tarifverhandlungen mit der Organisation der Kleinunternehmer, dem Verband deutscher Elektroinstallationsfirmen, wurde dann vom Branchenleiter mitgeteilt: Bisher handelte es sich um eine unverbindliche Aussprache zwischen der Kommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Vertretung dieses Unternehmerverbandes. Hierbei wurde über eine Reihe von Tarifpunkten Einmütigkeit erzielt, während andere Punkte kritisch blieben. Gegenseitiges Einverständnis wurde unter anderem erreicht über folgendes: Die Arbeitszeit soll geregelt werden wie in dem Rahmenabkommen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller. Ueberstunden, die im allgemeinen zu vermeiden sind, sind in dringenden Fällen mit Zustimmung der Arbeitervertretung zulässig. Soweit möglich, muß jede Ueberstunde durch Freizeit ausgeglichen werden. Eine Urlaubsregelung ist vorzusehen. Auch in der Arbeitsnachweisfrage war man sich einig. Keine Einigung konnte bisher namentlich über die Lohnhöhe herbeigeführt werden. Die Kommission wird sich Mühe geben, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.

Der Lohnkampf in der Saarindustrie.

Im Saargebiet kündigten die Arbeitgeber der Hüttenindustrie den Metallarbeiterorganisationen den Lohnabbaufuß zum 1. Juni. Der Zweck der Tarifkündigung war ein 20prozentiger Lohnabbau. In Anbetracht der im Saargebiet bestehenden außerordentlichen Teuerung und des Umstandes, daß die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeit der Hüttenbetriebe zurzeit durchaus nicht unternormal ist, vertrat die Metallarbeiterorganisationen den Standpunkt, daß kein Lohnabbau stattfinden könne, bevor nicht die Löhne die vorkriegszeitliche Kaufkraft wieder erreicht hätten. Gerade die Saarländische Hüttenindustrie hat gute Zeiten hinter sich. Die Dillinger Hütte konnte im letzten Geschäftsjahr 67 Millionen Mark Reingewinn ausschütten; die Burbacher Hütte gar 37 Millionen Frank. Auch bei der Böttlinger Hütte (Gebrüder Köchling) soll die Profitrate über 60 Millionen Mark betragen haben. Dabei sind die bezahlten Löhne keineswegs glänzend. Durch den 20prozentigen Lohnabbau würden die Stundenlöhne sinken für gelernte Arbeiter auf 1,35 Fr.; für angelernte Arbeiter auf 1,20 Fr., für ungelernete Arbeiter auf 1,10 Fr. Kein Wunder, daß die Stimmung der Belegschaften äußerst erregt und die Mehrheit für sofortigen Streik war.

Da sich auch die Bergarbeiter in einer Bewegung zur Abwehr der Lohnherabsetzung von 4 Fr. pro Schicht sowie der Feiertagslöhne befanden, drohte der Kampf sich nicht allein auf die Hüttenindustrie zu beschränken. Verhandlungen zeitigten kein anderes Ergebnis, als daß die Arbeitgeber einen stufenweisen Lohnabbau anboten. Danach sollte am 1. Juni 5 Proz., am 1. Juli 5 Proz. und am 1. August 10 Proz. abgebaut werden. Die Frauen- und Kinderzulagen sollten dagegen erhöht werden.

Während der Deutsche Metallarbeiterverband jeden Lohnabbau ablehnte, erklärten sich die Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts mit dieser Art des Abbaus einverstanden.

In verschiedenen Betrieben traten in den letzten Tagen die freigeorganierten Metallarbeiter in den Aufstand. Besonders auf der Böttlinger, Dillinger und Hostenbacher Hütte war der Aufstand vollständig. Der Christliche Metallarbeiterverband und Hirsch-Dundersche Gewerkschaft traten für die Wiederaufnahme der Arbeit ein, so daß die Mitglieder dieser Organisationen wieder arbeiten. Zwischen Streikenden und Arbeitswilligen ereigneten sich bereits blutige Zusammenstöße, worauf französische Militär einzelne Betriebe besetzte.

Die Führer der englischen Bergarbeiter erklären, die Bergwerkeigentümer haben beträchtliche Zugeständnisse gemacht, und ihre letzten Vorschläge stellen einen großen Fortschritt gegenüber allem dar, was bisher angeboten worden ist. Die gesamte Lage hat dadurch ein vollkommen anderes Gesicht erhalten, da die Bergleute nun in der Lage sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne zu befürchten, daß die Löhne unter das lebensnotwendige Niveau gesenkt werden. Der Vollzugsausschuss hat daher Vorbereitungen getroffen, um seinen Einfluß in der Richtung einer Verständigung einzusetzen.

Stand der technischen Angestellten und Beamten. Morgen sind Mitgliederversammlungen: Norden 11: Compere Festhalle, Schönhauser Allee 130, 7 1/2 Uhr; Nordost: „Grottemolder Hof“, Grottemolder Str. 44, 7 1/2 Uhr; Köpenick: „Bärenhof“, Köpenicker Platz, 7 1/2 Uhr. — Donnerstag sind Mitgliederversammlungen: Charlottenburg I: Restaurant „Kückenthal“, Seeligenfeld 3, 7 1/2 Uhr; Schöneberg: „Zur Heide“, Frontenauer Allee 234, 7 1/2 Uhr; Norden 1: „Neuer Anhalter“, Oswald-Platz 10, 7 1/2 Uhr; Osten 1: „Göteborg“, Unter den Eichen 104, 7 1/2 Uhr; Südwesten: „Zur Wolkhaube“, Südwesten 108, 7 1/2 Uhr; Charlottenburg 1: „Augusta-Kolonn“, Reinhardt-Allee 33, 7 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Der Köder der Gewinnbeteiligung.

Man schreibt uns: Die „Rhenania“, Verein Chemischer Fabriken Akt.-Ges., Aachen, hat wie alle chemischen Fabriken Deutschlands, sehr hohe Profite erzielen können. Nach 3 Millionen Abschreibungen gegenüber 1 Million im Vorjahre, werden 30 Proz. Dividende (im Vorjahre 25 Proz.), jedoch auf das vorjährige Stammkapital verteilt, 8 1/2 Millionen Mark auf Werterhaltungsfonds und 13 1/2 Millionen Mark auf Feuerversicherungsfonds zurückgestellt. Das Stammkapital soll von neuem mehr als verdoppelt werden, die alten Aktionäre erhalten die neuen Aktien zu 107 Proz. im Verhältnis zu 1:1 angeboten.

Infolge des Friedensvertrages hat Deutschland einen großen Teil der hergestellten Rohstoffe und insbesondere Anilinfarben der Entente zur Verfügung zu stellen. Die chemischen Fabriken haben es bisher verstanden, hierfür, vom Reiche Preise zu nehmen,

welche einen durchweg sehr hohen Gewinn gesichert haben. Die chemische Fabrik „Rhenania“ will, jedenfalls angeht dieser Schröpfung der Allgemeinheit, ein übriges tun und von den neu auszugebenden Aktien etwa 1 1/2 Millionen den Angestellten zur Verfügung stellen. Wohl gemerkt: nur den Angestellten, nicht etwa der Belegschaft im ganzen. „Divide et impera“, teile und herrsche“ ist die Parole. Die Angestellten sollen jedoch diese Aktien zu einem den Ausgabekurs für die alten Aktionäre übersteigenden „Borzugspreis“ erhalten. Sie sollen auch nicht in der Lage sein, ebenso wie diese Aktionäre durch Verkauf der neuen Aktien an der Börse sich ebenfalls einen Profit zu sichern, sondern die den Angestellten zur Verfügung gestellten Aktien unterliegen einer Sperrverpflichtung, können also nicht weiterverkauft werden. Da die Angestellten solch übrige Mittel nicht besitzen, um sich Aktien von 1000 M. Kennwert zu einem den Ausgabekurs übersteigenden Kurs in bar zu kaufen, wird ihnen jedenfalls die Firma entgegenkommen, derweise den Betrag vorstrecken und monatlich in Raten abziehen.

Das Vorgehen der Firma zeugt von einer geradezu grenzenlosen Wohlthätigkeit. Die Angestellten bekommen einen Happen hingeworfen und können auf diese Weise, wenn nächstes Jahr wiederum 30 Proz. Dividende verteilt werden, ihr Jahreseinkommen je nachdem wie viele Aktien sie nehmen, um 300, 600 M. ufm. erhöhen, wobei natürlich die leitenden Angestellten, da sie mehr Geld übrig haben, mehr Aktien übernehmen können und dadurch gegenüber den Durchschnittsangestellten, die überhaupt nichts übrig haben, im Vorteil sind. Die Arbeiter werden zu den Angestellten infolge der „bevorzugten“ Behandlung der letzteren durch die Firma in einen Gegensatz gebracht, und diese werden restlos an die Firma gefesselt, da sie alle einen Vorschub zur Erwerbung der Aktien aufnehmen müssen. Die Folgerungen, die sich aus der von Sinnes propagierten Idee der Kleinaktion ergeben, zeigen sich hier bereits in Reinkultur.

Hoffentlich weisen die Angestellten der „Rhenania“ derartige korrumptierenden Almosen mit Entrüstung zurück und legen sich zusammen mit der Arbeiterschaft dieses Werkes mit größter Energie für die Abschaffung der Privatwirtschaft und die Durchführung der Gemeinwirtschaft ein, in welcher der einzelne Arbeitnehmer nicht mehr auf Almosen angewiesen ist, sondern sein verbürdigtes Anrecht an dem Ertrag der Volkswirtschaft hat. apl.

Staatlicher Wohnungs- und Siedlungsbau in Ostpreußen.

Bis zum März dieses Jahres waren für die Provinz Ostpreußen einschließlich des Bezirks Marienwerder aus Staatsmitteln 34 Millionen Mark für Landesbaubehörden überwiesen worden. Inzwischen sind, wie mitgeteilt wird, für den gleichen Zweck vom preussischen Volkswohlstandministerium weitere 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Hiervon sind 7 Millionen Mark lediglich zur Förderung landwirtschaftlicher Siedlungsbauten in den Regierungsbezirken der alten Provinz Ostpreußen zu verwenden, zwei Millionen 100 000 M. dienen der Unterstützung mehrerer größerer Wohnungs- und Siedlungsunternehmungen des Regierungsbezirks Königsberg.

Sowjetruhlands zunehmender Außenhandel.

Rach den in dem sowjetruhländischen Wirtschaftsorgan „Ekonomichestwa Schijn“ veröffentlichten Daten hat sich der Außenhandel Sowjetruhlands im Laufe des April d. S. bedeutend gehoben. Das Gewicht der eingeführten Waren beträgt 2,1 Millionen Pud (1 Pud = 16,32 Kgr.) gegen 624 000 Pud im März und 1,6 Millionen Pud im Februar. Die Erhöhung der Einfuhr erstreckt sich auf fast alle Warengruppen außer chemischen Produkten und Papierwaren. Besonders groß ist die Einfuhr von Lebensmitteln und Produkten der Gruppe „Erze, Metalle und Metallfabrikate“. Lebensmittel sind im ganzen 720 000 Pud eingeführt worden und zwar hauptsächlich Bohnen, Heringe, Reis und Sojafarbstoffe. In der Gruppe der Metallfabrikate, die 587 000 Pud ausmacht, fällt fast die Hälfte auf landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Die April-Einfuhr dieser Maschinen und Geräte übertrifft die Summe der entsprechenden Einfuhr für die drei Monate Januar, Februar und März. In Lederfabrikaten, besonders Schuwerk, sind im April 115 000 Pud, an Steinöle 182 000 Pud, Papier 110 000 Pud, Kunststoffe 95 000 Pud und Samen 70 000 Pud eingeführt worden. Zum ersten Male nach dem Kriege wurde in diesem Berichtsmonat Baumwolle nach Rußland eingeführt. — Auch die Ausfuhr hat im April etwas zugenommen. Ausgeführt wurden hauptsächlich Rohstoffe und Halbfabrikate im Gewichte von 540 000 Pud (noch nicht 9000 Tonnen). Die Art der ausgeführten Waren wird von der Sowjetregierung nicht im einzelnen bekanntgegeben.

Aus aller Welt.

Großer Fabrikbrand.

Wandsbek, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Seit Tagesanbruch sieht die Kakaoo- und Schokoladenfabrik der G. m. b. H. Reichardt in hellen Flammen. Die Brandursache ist noch unbekannt, die Löscharbeit in vollem Gange. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Mehrere Personen erlitten leichtere Verwundungen.

Die Kosten der Konferenz von Spa. Im belgischen allgemeinen Etat kommt ein Posten von 910 000 Frank vor, welcher die Kosten der Konferenz von Spa darstellt, wo die ausländischen Vertreter die Gäste der belgischen Regierung gewesen sind. Auf der Konferenz wurden allein für 15 000 Frank Zigarren geraucht. — Na, die Verschreibung unserer Ruhetruhe wird diese Kosten schon beden!

Berichte für den bes. Zell: Dr. Werner Jäger, Charlottenburg; für Kranzgen: Dr. Wieders, Berlin; Verlag: Vorkühn-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorkühn-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Engel u. Co., Berlin; Vertrieb: S.

WANZEN PFEIFFEROL

Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Pflüger, Berlin N 85, Schulstr. 16.

Krause Pianos

zuzumieten

Ansbacher Straße 1, Ecke Kurfürstendamm

Möbel-Angebot.

Solide Möbelwerke liefert Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Glanzmöbel gegen Fluorvergütung bei möglicher Auszahlung und geringen monatlichen Zahlungen. 100, Potsdamer O 27. Keine Kasse.

Das Räderwerk

bei Wirtschaftskrisen lernt man leicht verstehen durch das neue Rad

DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT

eine Glosse von Georg Bradauer und Rob. Schmidt Preis broschiert M. 2, —, geb. M. 1, —

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68 Lindenstraße 2



D. R. G. M.

Zu kontrollierbar höchsten Preisen kanft Gold - Platin - Silber

Zahngebisse, einzelne Zähne, Uhren, Ketten, Ringe.

Brillanten Auslandskurs H. Wiese

Arilleriestr. 30
Min. v. Bahnh. Friedrichstr. Tel.: Norden 1026

Jagdgewehre.

Automatische Pistolen
u. m. Kaliber, Belastung, Umfassung, Gewehr-Fabrik

Gustav Rätzl, Berlin
Markgrafstr. 50

Gediegene Möbel auf Kredit, preiswert und coulant

Möbel-Frese Weinbergswegl

Parzellen

in Eggersdorf, 15 Minuten vom Bahnhof Strausberg entfernt, zu verkaufen. Kühn & Co. Berlin, Dorst. 11, April 1924

Wohnungsausschuss

Wohnungsausschuss
Eggersdorf

Verkauf von Vermietungen!
Eggersdorfstr. 22. Preisliste 200. Ch. Bismarckstr. 4. 25 Plätze.
Brunnenstr. 89, Sandersberg
Eggersdorf, Eggersdorfstr. 22, Dorst. 11

Konkurrenzlose Preise!

Fahrradreifen Prima Gummi	28 x 1 1/2	von 48.— M. bis 125.— M.
Garantireifen		von 70.— M. an
Gebirgsreifen, prima		80.— M. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschläuche, la Gummi		16.50 M. bis 20.— M.
Karbid — Gas		

Autoreifen- und Fahrradhaus „Nord-Ost“ Berlin, Eissener Str. 89 am Rosenhaier Tor

NEVEN & CO.

Spezialhaus für Holz-Aufwaschtische Marmor-Waschtische Bade-Einrichtungen Sanitäre Steingutwaren

Berlin C 19 Wallstr. 25

Untergrundbahnho! Spittelmarkt-Inseibrücke

Möbel

zu niedrigen Preisen direkt an Fabrik

Schloß	1668—1676
Spiegel	1710—1870
Servis	1730—1765
Wohnz.	876—886
Bücher	445—886

Lieferung fr. Egerstraße 10/11. Garantie.

Möbelhaus Reje wske Berlin, Tobie. 66

Parzellen

günstige Lage, verkauft billig Gesamtertrag 20000 Mark bei Strausberg, Constantinstr. 10